

---

# Die wirtschaftliche Zukunft des Kosovo

Vladimir Gligorov

---

*Diese Analyse wurde in den Monaten vor der Unabhängigkeitserklärung der Republik Kosova/Kosovo (am 17. Februar 2008) erarbeitet. Die Quintessenz der Untersuchungen des Autors belegt, daß Kosova lebensfähig ist und auch Serbien durch eine partnerschaftliche Zukunft in Wirtschaft und Politik nur gewinnen könnte. (Red.)*

Kosovo und Serbien sind grundsätzlich verschiedenartig, genaugenommen allzu verschiedenartig. Die politischen Beziehungen sind typisch für unbewältigte Nachkriegsprobleme, die wirtschaftlichen Beziehungen sind verworren, die Rechtssysteme, die Politik und das öffentliche Finanzwesen sind praktisch völlig separat. Daher wären die Vorteile einer Normalisierung sicherlich bedeutsam, aber die Kosten der politischen und sozialen Integration wären erschreckend. Vom Standpunkt einer Kosten-Nutzen-Rechnung würde eine umfassende politische Integration den Einsatz enormer politischer, finanzieller und gesellschaftlicher Ressourcen erfordern – wahrscheinlich in einer Größenordnung, wie sie in Form institutioneller Unterstützung, Hilfsmaßnahmen sowie Beistand und billigen Krediten von seiten der Europäischen Union, den USA, den internationalen Finanzinstituten sowie der internationalen Gemeinschaft und den Geberländern im allgemeinen ins Auge gefaßt werden.

Bereits vorhandene lokale und internationale Vorschläge über den künftigen Status des Kosovo wissen sehr wohl um die Unmöglichkeit einer umfassenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration von Serbien und Kosovo, wenn auch mit unterschiedlicher Begründung. Indessen erkennen diese Vorschläge zumeist nicht, oder bloß in unzureichendem Maße, die potentiellen Vorteile einer politischen und wirtschaftlichen Normalisierung. Der potentielle Nutzen einer Partnerschaft zwischen Kosovo und Serbien wäre in wirtschaftlicher und auch in politischer Hinsicht wichtig.

Hier geht es nun um die Kosten und den Nutzen alternativer Lösungen für den künftigen Status des Kosovo. Im Kern geht es dabei um die fiskalische Stabilität des Kosovo, die von auswärtigen Ressourcen abhängig ist, und um eventuelle spezielle

finanzielle und andere Kosten von seiten Serbiens. Allerdings wird man die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in größeren Zusammenhängen untersuchen müssen, um die indirekten Kosten alternativer Lösungen für den künftigen Status Kosovos ermessen zu können. Weiters sollen die möglichen Auswirkungen auf die allgemeine regionale Stabilität und Entwicklung kurz behandelt werden. Schließlich werden entsprechende Schlußfolgerungen gezogen.

---

### Derzeitige Lagebeurteilung

---

Die Folgen der Kosovokrise wurden anlässlich der militärischen Auseinandersetzung, nämlich im Jahre 1999, umfassend diskutiert. Die meisten Analysen kamen zu dem Schluß, daß die möglichen destabilisierenden Auswirkungen einer fortdauernden Kosovokrise den Balkan als Ganzes erfassen könnten (Gligorov und Sundstrom 1999). Aber auch die potentiellen Vorteile einer politischen und wirtschaftlichen Normalisierung wurden hoch eingeschätzt. Diese Analysen und Schlußfolgerungen haben sich bis heute als richtig erwiesen. Der ganze Balkan hat in den Jahren seit der Lösung der Kosovokrise erhebliche politische und wirtschaftliche Verbesserungen erfahren. Diesbezüglich benachteiligt waren Länder und Gebiete mit ungelösten Nachkriegs-problemen und mit unterschiedlich aufgebauten politischen und wirtschaftlichen Strukturen. In dieser Hinsicht hat die infolge ungelöster Nachkriegsverhältnisse geschaffene erhebliche ausländische oder internationale Präsenz negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung gezeitigt, auch wenn sie sicherlich zur Verbesserung der lokalen und regionalen Sicherheit und Stabilität beitragen konnte.

Ähnliche Analysen des laufenden politischen Prozesses, die sich mit der Gestaltung des künftigen Status des Kosovo befaßten, gibt es nicht. Das widerspiegelt wahrscheinlich die weitverbreitete Vorstellung, daß die Region als solche nicht ihrerseits mit der Gefahr der Destabilisierung konfrontiert werden dürfe. Man konzentriert sich vor allem auf die wirtschaftlichen Folgen einer möglicherweise endgültigen Trennung des Kosovo von Serbien. Man befaßte sich vor allem mit der Frage, ob der Kosovo in der Lage wäre, sich selber zu finanzieren, und auf die Frage, was Serbien vielleicht beitragen müßte, wenn ein bestimmtes Maß an politischer und institutioneller Integration beibehalten würde.

Die wichtigsten Beiträge zum Verständnis der gesamtwirtschaftlichen Aspekte im Kosovo lieferte der Internationale Währungsfond und die Weltbank. Die wichtigste Quelle ist wahrscheinlich die im Jahre 2006 von der Weltbank erstellte zweibändige umfassende Untersuchung mit dem Titel *Kosovo: Public Expenditure and Institutional Review*. Der kürzere zweite Band beinhaltet eine Zusammenfassung der Mitte 2006 herrschenden Verhältnisse. Er verweist auf die finanziellen Probleme, die sich nach einem Beschluß über den künftigen Status des Kosovo stellen werden. Dabei geht es um die erforderlichen Investitionen in die Infrastruktur und um die finanziellen Risiken, etwa die späteren staatlichen Verpflichtungen gegenüber Unternehmen des öffentlichen Sektors, vor allem der Elektrizitätswirtschaft. Gleichzeitig werden die Kosten des künftigen Status hervorgehoben. Ähnliche Überlegungen finden sich in der im Februar 2007 von Internationalen Währungsfond herausgegebenen Schrift: *Aide Memoire of the Staff Mission to Kosovo*.

UNMIK hat ebenfalls eine Reihe von Untersuchungen über dieses Thema veröffentlicht. Der *Kosovo Economic Outlook* für 2006 befaßt sich mit den *Economic*

*Foundations of Status*; die entsprechende Untersuchung für das Jahr 2007 trägt den Titel *From Consolidation to Sustainability: Maintaining and Improving Achievements*. Die vielleicht umfassendste Untersuchung ist *UNMIK's Impact on Kosovo Economy* vom Juli 2006, in der die Auswirkungen des finanziellen Beitrags der UNMIK auf das kosovarische BNP diskutiert werden, sowie die möglichen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, wenn diese Zuschüsse eingestellt oder stufenweise wesentlich reduziert würden.

Somit befassen sich die meisten Untersuchungen mit dem Wirtschaftswachstum und den finanziellen Aufgaben im künftigen Status des Kosovo in der Annahme, daß sich UNMIK sofort oder stufenweise zurückziehen werde.

Abgesehen von den Veröffentlichungen des IMF und der Weltbank publizierte die UNDP wichtige Berichte über die gesellschaftliche Entwicklung sowie vierteljährliche Frühwarnberichte. Weiters analysieren einige Forschungsinstitute und projektbezogene Institutionen die verschiedenen Aspekte der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen im Kosovo. Kosovarische Institutionen produzieren ihrerseits in zunehmendem Maße Daten und Berichte über die wirtschaftliche Entwicklung und über Wirtschaftspolitik. Die meisten dieser Untersuchungen liefern ein düsteres Bild von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen sowie der Einstellung der Bevölkerung zu wirtschaftlichen und politischen Fragen.

So gesehen, ist die wirtschaftliche Lage im großen und ganzen prekär und sowohl objektiv als auch nach Meinung der Öffentlichkeit unerträglich.

Trotz all dieser Untersuchungen sind die statistischen und analytischen Grundlagen für die Beurteilung der Entwicklungen im Kosovo eher dürftig. Sogar die Daten über Auslandshilfe und Hilfsprogrammen sind unvollständig. In der im Rahmen des *Global Development Network* erstellten Untersuchung von Mustafa, Demukaj und Kotorri (2006) wird darauf hingewiesen, daß es schwierig sei, den wirklichen Umfang der Auslandshilfe zu dokumentieren, vor allem in den sicherheitsrelevanten Teilen. Allgemein anerkannt ist der Umstand, daß der Umfang der Hilfe rückläufig ist, wobei sich ihre wirtschaftlichen Auswirkungen und ihre Effizienz wahrscheinlich gebessert haben.

Somit ist der volle Umfang der finanziellen Hilfe weder mit der erforderlichen Genauigkeit noch mit allen Details bekannt.

Am wenigsten weiß man wohl über die mikroökonomischen Entwicklungen, obwohl jetzt nicht nur die Leistungen der örtlichen Gemeinden, sondern auch die von Unternehmen und Banken überprüft und analysiert werden. Im Finanzsektor und auch im Privatsektor hat sich die Transformation als bemerkenswert erwiesen. Indessen sind die Berichte über die nachlässige öffentliche Verwaltung, aber auch über Probleme der Unternehmensführung immer noch zahlreicher als Berichte über positive Entwicklungen.

Und so gibt es allerlei Probleme in der öffentlichen Verwaltung und in der Unternehmensführung, und ganz allgemein beim Aufbau der Institutionen.

Angesichts der verhältnismäßig dürftigen Einblicke in die realen Entwicklungen im Kosovo und seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten ist kaum abzuschätzen, welche Probleme eine Änderung des derzeitigen Status des Kosovo mit sich bringen wird. Dennoch glauben die meisten Untersuchungen und Analysen nicht, daß eine Änderung des Status größere institutionelle und wirtschaftliche Schocks und nicht zu bewältigende Herausforderungen mit sich bringen würde.

Im Gegensatz zu dieser umfangreichen Behandlung der wirtschaftlichen Aussichten des Kosovo und der damit verbundenen Finanzierung beschäftigt man sich kaum mit dem Beitrag Serbiens oder mit den Kosten, welche die derzeitige Situation im Kosovo und das Verhältnis zu Serbien mit sich bringen. Obwohl die politischen Auswirkungen des heutigen und künftigen Status des Kosovo auf Serbien eindeutig erheblich sind, gibt es derzeit weder eine offizielle noch eine inoffizielle Analyse der bereits bestehenden oder künftig zu erwartenden Kosten und Nutzen der laufenden oder zu erwartenden wirtschaftlichen Beziehungen. Man hat sich ein wenig mit dem langsam zunehmenden Handel zwischen Serbien und Kosovo befaßt, und es gibt einige Hinweise, daß sowohl der private als auch der öffentliche Investitionsbedarf und die Investitionsmöglichkeiten geprüft werden, doch gibt es diesbezüglich derzeit keine detaillierte Analyse und keine festen Zusagen.

Man kann also zu dem Schluß kommen, daß diese Kosten als niedrig erachtet werden und der mögliche Nutzen einer Normalisierung nicht einmal in Betracht gezogen wird.

---

### **Die heutige Wirtschaftslage im Kosovo**

---

Um Serbiens finanzielle Verpflichtungen zum jetzigen Zeitpunkt und für die Zukunft einigermaßen einzuschätzen, muß man die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung im Kosovo sowie die nächstliegenden und künftigen Erfordernisse feststellen. Das bestimmt den entscheidenden Teil der Kosten-Nutzen-Rechnung sowohl in direkter als auch in indirekter Hinsicht.

Die meisten aktuellen Analysen der wirtschaftlichen Entwicklung im Kosovo sind positiver als früher. Der Rückgang der Auslandshilfe in den letzten Jahren hat zu Stagnation, ja sogar zu wirtschaftlichem Rückgang geführt. Eine UNDP-Analyse errechnete die Zunahme des BNP im Jahre 2005 mit 0,3 Prozent. Aber alle neueren Berechnungen zeigen, daß das BNP 2006 um drei Prozent angestiegen ist. Für das laufende Jahr wird eine weitere Zunahme erwartet. Der neueste Kosovo-Report der EU-Kommission (2007) verweist auf eine neue Analyse des Weltwährungsfonds, in der das BNP 2005 mit 0,6 Prozent ermittelt wurde, und das von 2006 mit 3,8 Prozent.

Somit zeigt es sich, daß der Kosovo nach den Jahren der Stagnation, trotz rückläufiger Auslandshilfe, zum Wachstum übergegangen ist. Die wichtigsten Wachstumsimpulse sind der heimische Konsum und die steigenden Exporte. Man erkennt die Ausweitung des Privatsektors, vor allem der Klein- und Mittelbetriebe. Die zwar von einem sehr niedrigen Niveau ausgehenden Exporte nehmen ebenfalls kräftig zu. Das ist auch erkennbar an der kräftigen Ausweitung der Kredite um mehr als 25 Prozent in den Jahren 2006 und 2007, ähnlich wie auch in anderen Ländern in der Region. Dieses Wachstum kommt durch die damit verbundenen Steuereinnahmen auch dem Finanzsektor zugute. Hingegen werden die öffentlichen Ausgaben verringert, zumeist durch Kürzung der öffentlichen Investitionen. Dementsprechend konnte das staatliche Budget im Jahre 2006 einen Überschuß verzeichnen. Das für das laufende Jahr und mittelfristig erwartete Defizit wird daher nicht allzu groß ausfallen. Die Verbesserungen auf dem Finanzsektor hatten auch positive Auswirkungen auf die Inflationsrate und die Preisstabilität. In den letzten Jahren beobachtete man überwiegend eine Deflation.

Damit hatte man die makroökonomische Stabilität erreicht, die dauerhaft erscheint, zumindest in bezug auf Preise und ausgeglichene Budgets.

Fachleute stimmen darin überein, daß die Privatisierung zu dieser positiven Entwicklung der Wirtschaft beigetragen hat. In den privatisierten Betrieben kam es zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit, und mit der Schließung unrentabler Unternehmen ist auch die Belastung des Budgets zurückgegangen. Das Finanzierungssystem ist weiter verbessert worden und die mit der Gründung von CEFTA zusammenhängende Liberalisierung des Handels begünstigte die exportorientierten Gewerbebetriebe. Das merkt man auch an der ständigen Zunahme der Einnahmen, die, zusammen mit dem Konsum, das Baugewerbe sowie die Klein- und Mittelbetriebe begünstigen. Genaugenommen sind die Einnahmen schon seit einiger Zeit höher als die Auslandshilfe, zumindest jener Teil der Hilfe, die im Inland aufgewandt wird. Die ausländischen Investitionen sind ebenfalls gestiegen, was auch für die Zukunft zu erwarten ist. Zu Wachstum kam es vor allem auf dem Dienstleistungssektor, aber auch in der gewerblichen Wirtschaft, und offenbar auch ein wenig in der Landwirtschaft.

Somit sind im vergangenen Jahr sowohl Makrostabilität als auch Mikrowachstum zu beobachten gewesen. Das bedeutet jedoch nicht, daß die die aktuellen Entwicklungen von Dauer sein müssen, vor allem wenn man an einen weiteren Rückgang der Auslandshilfe denkt. UNMIK schätzt, daß das BNP um bis zu sieben Prozent sinken könnte, wenn es die Tätigkeit gänzlich einstellen müßte. Wenn sie nur reduziert würde, wie das in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist, dann würden diese Auswirkung natürlich geringer ausfallen. Das würde für den Kosovo – sollte er zu einem unabhängigen Staat erklärt werden – natürlich eine große Herausforderung darstellen. Diese Analysen befassen sich nicht im Einzelnen mit den allgemeinen Folgen einer etwaigen Unabhängigkeit des Kosovo. Ebenso sind die innenpolitischen und regionalen Reaktionen auf eine Unabhängigkeit unberücksichtigt geblieben.

Allgemein ist festzustellen, das die gesamtwirtschaftliche Situation als schwierig einzuschätzen ist, vor allem wegen der hohen Arbeitslosigkeit und des hohen außenwirtschaftlichen Defizits, und zwar trotz der derzeitigen Anzeichen einer Ausweitung der Produktion und der Exporte – die Exporte entsprechen nur etwa zehn Prozent der Importe. Jedenfalls ist das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt sicherlich das wichtigste Problem der Wirtschaft, wie das auch in den meisten Ländern der Region der Fall ist, wie etwa in Mazedonien, Serbien, Montenegro sowie in Bosnien und Herzegowina. Die meisten Berichte sprechen von einer Arbeitslosenrate von etwa 40 Prozent (die Arbeitskraftanalyse 2006 spricht von 44,9 Prozent), wobei die Zahl der Beschäftigten sehr niedrig ist, vor allem bei Jugendlichen und Frauen. Trotz dieser langfristigen Diskrepanzen zeigt die inzwischen zunehmende soziale und politische Stabilität, daß die Risiken einer durch den langsamen Rückgang der Auslandshilfe eintretenden Destabilisierung nicht unlösbar erscheinen.

Eine Übersicht über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Kosovo zeigt, daß Außenhandel und Investitionen das Hauptproblem sind, während die finanzielle Stabilität zumindest mittelfristig gesichert erscheint.

---

### **Die Wirtschaft Serbiens und Kosovos im Vergleich**

---

Faktum ist, daß, wirtschaftlich gesehen, Kosovo im Vergleich zu Serbien klein ist. Das serbische BNP wird für 2007 mit etwa dreißig Milliarden Euro geschätzt. Das ist zum Teil die Folge der Aufwertung des serbischen Dinar und mag derzeit überhöht sein, aber wenn man eine künftige Wechselkurskorrektur um zehn Prozent nach unten

annimmt, dann würde das serbische BNP immer noch wesentlich größer sein als das kosovarische mit 2,5 Milliarden Euro. Das BNP des Kosovo beträgt somit weniger als zehn Prozent des serbischen. Das serbische Budget entspricht etwa vierzig Prozent des BNP, während das des Kosovo etwas weniger als dreißig Prozent seines BNP ausmacht. Somit ist das Letztere etwas kleiner als zehn Prozent des vorherigen. Ein Vergleich der Außenhandelsdaten fällt noch mehr zu Ungunsten Kosovos aus, dessen Importe etwa zehn Prozent der serbischen betragen, während die kosovarischen Exporte praktisch bedeutungslos sind. Das serbische *per capita* BNP ist etwa viermal so groß wie das des Kosovo. Dazu kommt noch, daß Kosovos *per capita* BNP sinkt oder stagniert, da das geringe Wachstums des BNP nicht mit dem verhältnismäßig hohen Bevölkerungszuwachs Schritt halten kann, während das serbische BNP durch die hohe Wachstumsrate und auch durch die Preiskonvergenz rapide zunimmt. Schließlich und endlich erweist sich Serbien in zunehmendem Maße attraktiv für Investoren, während der Kosovo erst in den letzten beiden Jahren einige nennenswerte Investitionen an Land ziehen konnte.

Das bedeutet, welche direkte oder indirekte Kosten und Nutzen auflaufen oder entstehen, sie werden jedenfalls für Serbien verhältnismäßig klein und für Kosovo vergleichsweise größer sein.

---

### **Vorläufige Schlußfolgerungen**

---

Diese Übersicht über die derzeit vorhandenen Informationen und Erfahrungen erlaubt folgende Schlüsse:

1. Die hauptsächlichen wirtschaftlichen Kosten, sowohl für Serbien als auch für den Kosovo, hängen mit den Gefahren zusammen, die eine Fortdauer der Spannungen zwischen Serbien und Kosovo mit sich bringen würde.
2. Die Notwendigkeit direkter finanzieller Hilfe ist im Fall Kosovo nicht allzu groß.
3. Der Bedarf an Investitionen ist wohl erheblich, aber das gilt auch für die Investitionsmöglichkeiten.
4. Der Zugang zu den regionalen Märkten, vor allem zum serbischen Markt, ist für die langfristige Sicherung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts des Kosovo außerordentlich wichtig.
5. Die Möglichkeiten für eine positive Wirtschaftsentwicklung, einen starken Aufschwung und ein langfristiges Wachstum sind sowohl für den Kosovo als auch für Serbien gegeben, allerdings mehr für Serbien als für den Kosovo, schon wegen der im Vergleich mit Serbien wesentlich kleineren Volkswirtschaft.

---

### **Alternativvorschläge für den künftigen Status**

---

Die derzeitigen Verhältnisse sind, wirtschaftlich gesehen, nicht optimal. Die vom Kosovo zu tragenden Kosten sind erheblich und nicht gerechtfertigt. Die serbischen Kosten sind im Verhältnis wesentlich geringer, aber der entgangene Nutzen könnte wesentlich größer sein. Alles ist abhängig von den Ergebnissen der laufenden Beratungen und Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo, vor allem von den dabei gewählten Alternativen.

Realistisch gesehen, diskutiert man in bezug auf den künftigen Status des Kosovo derzeit über drei verschiedene Vorschläge. Die vierte Alternative, die gelegentlich bei

jenen herumspunkt, die für einen Verbleib Kosovos bei Serbien eintreten, ein Zustand, der etwa dem entspricht, der vor der Auflösung Jugoslawiens existiert hatte, wird von niemanden ernstlich ins Auge gefaßt. Ein System, das dem der neunziger Jahre ähnelte, mag den Wünschen einiger kosovarischer Serben entsprechen, wird aber von niemandem als realistische Alternative angesehen. Die meisten Teilnehmer an den Debatten über den künftigen Status des Kosovo scheinen – auf beiden Seiten – zumindest einige Lehren der Geschichte gelernt zu haben.

Soweit es die finanziellen Verpflichtungen betrifft, schlägt Serbien eine strikte Trennung vor, mit Ausnahme jener Bereiche, welche die Kosovo-Serben betreffen. Auf diese Weise scheint sich der an sich eher unpräzise, immer wieder geänderte serbische Vorschlag in die Richtung einer minimalen, eigentlich bloß symbolischen Souveränität zu entwickeln.<sup>1</sup> Das würde im Grunde bedeuten, daß Serbien in den Vereinten Nationen vertreten wäre, nicht aber der Kosovo. (Indessen wäre der Kosovo nicht von der Mitgliedschaft in sämtlichen UN-Organisationen und anderen internationalen Institutionen ausgeschlossen, was aber in der Praxis kaum durchführbar wäre.) Darüber hinaus würde Serbien gegenüber dem Kosovo keine Rechte oder Verpflichtungen haben. Oder, um es kurz und bündig auszudrücken: Kosovo wäre im Inneren völlig unabhängig und würde mit Serbien bloß eine äußerst eingeschränkte Souveränität teilen. Sicherlich würde dieser Vorschlag eine Verringerung mancher aktuellen finanziellen Verpflichtungen Serbiens bedeuten, aber an sich und konkret kaum von Vorteil sein. Serbien würde die Bezahlung der Zinsen für die auswärtigen Verpflichtungen des Kosovo einstellen, deren Umfang mehr als eine Milliarde Dollar beträgt.<sup>2</sup> Andere Kosten oder Nutzen sind derzeit nicht vorgesehen, auf alle Fälle keine Budgetgemeinschaft oder andere gemeinsame finanzielle Arrangements.

Der Kosovo-Vorschlag beruht auf dem Plan von Marti Ahtisaari, während die Vertreter des Kosovo vorschlagen, daß man in bestimmten humanitären und sozialen Bereichen eine Art von Sonderabkommen («Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit») treffen sollte. Ferner sieht der Plan die völlige finanzielle Trennung zwischen Serbien und Kosovo vor, außer in einigen besonderen Fällen oder auf der Grundlage spezifischer Übereinkommen. Im Vergleich mit dem Vorschlag Serbiens erkennt man keine wesentlichen Unterschiede, wenn es um die jeweiligen finanziellen Rechte und Verpflichtungen des Kosovo oder Serbiens geht. Einigen Konfliktstoff gibt es, wenn es um bestimmte Eigentumsrechte oder Zugriffsrechte auf Ressourcen des vormaligen Jugoslawien geht, doch wird das Problem später behandelt.

Beim dritten Vorschlag könnte es mehr um die Maximierung des Nutzens als um die Minimierung der Lasten gehen. Es liegt eindeutig im Interesse Kosovos, aber auch im Interesse Serbiens, sich für ihre separaten und wechselseitigen wirtschaftlichen Interessen einzusetzen. Diese gemeinsamen Interessen könnten formalisiert werden, etwa durch einen Vertrag zwischen beiden Staaten. Serbien ist an sich der wichtigste Markt für den Kosovo, während Serbien seinerseits ein wichtiger Investor wäre. Sobald der Handel wirklich liberalisiert ist, von privaten Teilnehmern abgewickelt wird und die Marktwirtschaft Platz greift, könnte Serbien seine wirtschaftliche Präsenz im Kosovo wesentlich ausweiten, was sowohl für Kosovo als auch für Serbien finanzielle Vorteile hätte. Die Voraussetzung wäre allerdings, daß Kosovo ein unabhängiger Staat mit partnerschaftlichen Abkommen oder Verträgen mit Serbien wird. Das wird jedenfalls von CEFTA und verschiedenen anderen Initiativen und Einrichtungen für regionale Zusammenarbeit befürwortet. Zusätzlich zu diesen regionalen

Abkommen über Zusammenarbeit könnten auch verschiedene bilaterale Abkommen geschlossen werden, die sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch den Weg zur Aufnahme in die Europäische Union vorantreiben würden.

Strategisch gesprochen sind daher die wichtigsten Aspekte nicht die Kosten der Integration, sondern die Vorteile der Normalisierung. Oder, anders ausgedrückt, es geht vor allem darum, wie hoch die Kosten ohne Normalisierung wären. Beide Konfliktparteien sind sich durchaus im klaren, daß die politische und soziale Integration von Kosovo und Serbien wünschenswert und damit auch erreichbar ist. Die Frage ist nur, ob die Kosten eines anormalen politischen Arrangements höher wären als der Nutzen eines stabilen und dauerhaften politischen Arrangements.

### Die Kosten des Wiederaufbaus im Kosovo

Zur Illustrierung des durch den Wiederaufbau im Kosovo anfallenden Finanzierungsbedarfs dienen die Daten der für diesen Zweck aufgewandten Mittel aus der Auslandshilfe. Tabelle 1 verweist auf die in den ersten fünf Jahren im Kosovo eingesetzten Geldmittel. Der Rückgang hat sich auch im nachfolgenden Zeitraum fortgesetzt, wenn auch nicht so stark wie im Zeitraum bis 2004.

**Tabelle 1: Jährliche Auslandshilfe für Kosovo und ihr Anteil am Gesamtaufwand nach Sachgebieten, 1999–2004 (in tausend Euro)**

Sachgebiet	Aufwand '99	Aufwand '00	Aufwand '01	Aufwand '02	Aufwand '03	Aufwand '04	Gesamtaufw. '99-04	Gesamtanteil (in %)
Öff. Versorgung	16.854,00	127.693,00	193.210,40	94.099,70	91.703,30	54.029,10	577.621,00	25,92
Wohnbau	26.895,00	155.530,70	90.831,70	67.572,90	14.107,00	6.888,30	361.825,00	16,25
Handel und Industrie	124,44	56.570,50	42.263,50	27.061,90	29.189,80	21.034,10	176.244,00	7,90
Ausbildung und Forschung	43.256,00	74.503,00	65.671,80	49.493,00	31.092,80	19.908,20	283.926,00	12,74
Infrastruktur	202,00	50.183,70	48.295,00	20.968,20	12.807,00	1.955,70	134.411,00	6,03
Landwirtschaft	125,05	17.736,80	34.377,40	17.565,30	15.880,40	4.514,90	90.200,00	4,05
Umweltschutz	85,00	184,64	633,62	1.097,20	3.471,40	1.063,80	6.536,00	0,29
Techn. Hilfe, Nutzbauten und Sonstiges	89.976,00	124.979,10	117.917,60	120.758,50	90.113,40	54.035,80	597.780,00	26,82
Insgesamt	143.991,00	273.974,00	260.863,00	215.975,00	169.747,00	100.556,00	2.228.511,00	100,00

Quelle: MEF-RIMS Database, Dezember 2005

Die bei der Verwirklichung der Aufbauhilfe auf dem Balkan gesammelten Erfahrungen sind lehrreich, aber nicht ganz durchschaubar. Ganz allgemein könnte man feststellen, daß sich die meisten Prognosen über den Wiederaufbaubedarf und den Nutzeffekt der Auslandshilfe sowie andere Hilfsmaßnahmen als falsch erwiesen haben. Sobald ein Land die innenpolitische Stabilität und außenpolitische Normalisierung erreicht hat, würden sich die Prognosen des Wiederaufbaubedarfs als übertrieben erweisen. Wenn man aber, andererseits, anormale und von außen gesteuerte institutionelle Arrangements auf Dauer einführt, dann wird sich die Wiederaufbauhilfe als ungenügend erweisen. Überdies würde sich im ersten Fall die Effizienz als ten-

denziell besser herausstellen als in den übrigen Fällen. Das entspricht den Erfahrungen mit massiven Hilfsmaßnahmen in anderen Teilen der Welt. Man anerkennt heute allgemein, daß sich Stabilität und institutionelle Transparenz günstig auf die Effizienz und Wirksamkeit von Hilfsmaßnahmen im allgemeinen und Wiederaufbauhilfe im besonderen positiv auswirken.

Im Fall des Kosovo haben sich die Hilfskosten bis heute als zu hoch erwiesen, vor allem der Wiederaufbau im Bereich öffentliche Versorgung sowie in der Elektrizitätserzeugung im besonderen. In Bosnien und Herzegowina hat man ähnliche Erfahrungen gemacht. Die Kosten dieser Schlampereien und das Fehlen entsprechender politischer und wirtschaftlicher Kontrollmechanismen wurden vor allem von den Bewohnern des Kosovo getragen sowie von den internationalen Geldgebern. Der kleinste Anteil der Gesamtkosten entfiel auf Serbien. Tatsächlich ist die Serbien zur Verfügung gestellte Wiederaufbauhilfe beispielhaft verwendet worden. Und am Ende stellte es sich sogar noch heraus, daß Serbien weniger finanzielle Unterstützung benötigte als ursprünglich vorgesehen war.

Aber angesichts der ungleichmäßigen Aufteilung der Kosten drängte Serbien nicht so sehr wie der Kosovo auf eine baldige Einigung über den künftigen Status des Kosovo. Das wird auch in Zukunft so bleiben, falls dieser Status so beschaffen sein sollte, daß er im Grunde den Aufbau des Kosovo bremst, ohne die Entwicklung Serbiens wesentlich zu behindern. Sollte der künftige Status des Kosovo so beschaffen sein, daß die Auslandshilfe im Zentrum der kosovarischen Wirtschaft steht, dann wird keinerlei Auslandshilfe, aus welcher Quelle auch immer, wirksam und ausreichend sein. Das hätte man schon früher in der langen Periode der Politik des »Standard vor Status« erkennen können, die weder die Standards verbesserte noch zu einer Lösung des künftigen Status führte.

Das bedeutet nicht, daß sich Serbien an den Kosten beteiligen sollte, sondern es bedeutet vielmehr, daß eine Lösung nötig ist, die den Kosovaren wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen eröffnet. Das heißt, daß Stabilität und Normalisierung entscheidende Bestandteile des künftigen Status des Kosovo sein müssen. Das würde auch den Minderheiten im Kosovo zugute kommen, vor allem der serbischen. Sie müßte größere wirtschaftliche und soziale Chancen haben und nicht bloß in einem ethnischen Ghetto leben müssen, das auf Dauer von Mitteln aus dem serbischen Budget oder von Geberländern und anderen Institutionen abhängig wäre.

Jedenfalls sind die Angaben in Tabelle 1 nützlich, da sie die allgemeinen Wiederaufbaukosten verdeutlichen, die ihrerseits auf die finanziellen Gesamtkosten verweisen, die das Budget des künftigen Kosovo übernehmen oder mit dem serbischen Budget für den Fall koordinieren müßte, daß irgendeine Art von fiskalischer Integration ins Auge gefaßt werden sollte. Jedenfalls sind diese Angaben praktisch die einzige mehr oder weniger verlässliche Quelle von Daten für eine künftige Analyse.

---

### **Die Vorteile des künftigen Status des Kosovo**

---

Ein stabiler Kosovo mit normalen Beziehungen zu den Nachbarstaaten könnte sich auf die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Region positiv auswirken. Der Kosovo ist ein Binnenland und vom Zugang zu den Märkten der Nachbarländer abhängig. Seine Wirtschaft beruht heute und in Zukunft auf Vorprodukten sowie Klein- und Mittelbetrieben, die Ersatzteile für größere Unternehmen produzieren. Auch wird sie, ent-

sprechend der vitalen demographischen Entwicklung, auch in Zukunft mehr Arbeitskräfte bereitstellen können.

Anders ausgedrückt, der Kosovo könnte sich sehr wohl als attraktiver Investitionsstandort erweisen, sobald die Wirtschaft liberalisiert und die Stabilität gewährleistet sind. Die Ergebnisse der Entwicklung auf dem Balkan seit dem Jahr 2000 zeigen deutlich, daß es vor allem die jeweils benachbarten, wirtschaftlich höher entwickelten Volkswirtschaften sind, die am meisten von der Stabilität, der Übergangswirtschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. In der Tat kann man die Erholung der postsozialistischen Volkswirtschaften auf dem Balkan ziemlich genau mit dem Jahr 2000 datieren, ab dem sich nach der Lösung der Kosovokrise sowie der Demokratisierung in Kroatien und Serbien die Sicherheit gewährleistet wurde. Dadurch führte die Beseitigung der regionalen Risiken zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Besserung der Lage (Gligorov 2006 und 2007).

Derzeit kommen die wichtigen Investoren in Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien aus Slowenien, Kroatien, Griechenland und Österreich.

Es liegt nahe, daß serbische Investoren im Kosovo sehr wohl enorm profitieren könnten. Das würde von zwei Dingen begünstigt werden. Das eine ist die Eigentumsfrage: Serbien, oder vielmehr serbische Staatsbürger, haben legitime Besitzrechte auf sowohl staatlichen als auch privaten Besitz in Kosovo. Manches davon, vor allem im Bereich der natürlichen Ressourcen, ist so geartet, daß Serbien und der Kosovo kooperieren müssen. Der andere Vorteil ist der Umstand, daß serbische Unternehmen, Entrepreneurs und Banken die natürlichen Ansprechpartner für ausländische Investoren sind. Belgrad, und an zweiter Stelle Skopje, sind natürliche wirtschaftliche Zugänge zur Wirtschaft des Kosovo.

Eine Quantifizierung der potenziellen Vorteile ist nicht einfach, aber man kann mit einiger Sicherheit annehmen, daß sie erheblich sein dürften. Sie würden auch für die politische und wirtschaftliche Stabilität in Kosovo und Serbien mehr bringen als andere Formen einer institutionellen Integration. Serbien wird dort auf Konkurrenten treffen, und könnte die gebotenen Chancen versäumen, wenn es auf außergewöhnliche Arrangements mit dem Kosovo besteht. Traditionell ist Slowenien ein wichtiger Wirtschaftspartner Kosovos, aber es gibt noch andere. Eine zu geringe Beteiligung Serbiens am Wiederaufbau in Kosovo würde der natürlich weiter bestehenden serbischen Minderheit in Zentralkosovo auch nicht zum Vorteil gereichen.

---

### **Serbiens finanzielle Auslagen**

---

Im Gegensatz zu der Zeit vor 1999 sind die direkten serbischen finanziellen Auslagen heute verhältnismäßig gering. Die größten und zeitlich längsten Auslagen betreffen die Flüchtlinge aus dem Kosovo, doch sind diese weitgehend beglichen. Die restlichen Verpflichtungen sind nicht genau bekannt, aber sicherlich nicht erheblich.

Die im serbischen Staatsbudget für den Kosovo bereitgestellten Mittel wurden aufgestockt und betragen für 2007 insgesamt etwa fünfzig Millionen Euro. Weiters wurden etwa zwanzig Millionen Euro für das Nationale Investitionsprogramm für den Kosovo reserviert. Allerdings klagt die serbische Regierung, daß der Kosovo diesbezüglich zu wenig Aufnahmefähigkeit hat, vor allem in jenen Gebieten, in denen Serben leben oder in der Mehrheit sind. Regierungsvertreter haben darauf hingewiesen, daß es bei der Verwendung dieser Mittel zu erheblichen Unregelmäßigkeiten gekom-

men ist. Dadurch würden diese Summen bei Fortdauern des *status quo* zu den größeren Budgetposten zählen.

Dazu kommt noch, daß die Bedienung der außenwirtschaftlichen Schulden des Kosovo erhebliche Kosten verursachen. Derzeit beträgt der jährliche Schuldendienst etwa fünfunddreißig Millionen Euro. Vor kurzem haben serbische Regierungsvertreter der Weltbank – dem Hauptgläubiger des Kosovo – den Vorschlag unterbreitet, daß Serbien den diesbezüglichen Schuldendienst einstellen könnte, und daß die dafür bereits bezahlte Summe von etwa 250 Millionen Euro an Serbien rückerstattet werden sollte. Das könnte jedoch nicht sofort erfolgen, da der Umfang der auf den Kosovo entfallenden Auslandsschulden vorher zwischen Serbien und dem Kosovo ausgehandelt werden müßte und Serbien daher einstweilen den diesbezüglichen Schuldendienst weiter versehen werde. Zusätzliche Mittel werden an örtliche Gemeinden im nördlichen und mittleren Kosovo überwiesen. Diese sind verhältnismäßig klein, mit Ausnahme von Kosovska Mitrovica und vielleicht noch anderen Distrikten im nördlichen Kosovo. Diese finanziellen Ressourcen umfassen etwa zehn Millionen Euro (Zusammenfassung in Tabelle 2).

**Tabelle 2: Direkte Ausgabenposten im serbischen Budget 2007, abgerundet in Millionen Euro**

Flüchtlinge, nicht nur aus dem Kosovo	12
Ministerium für Kosovo und Metohija	50
Örtliche Subsidien	13
Auslandsschuldendienst	35
Nationaler Investitionsplan	20
Insgesamt	130

Zusätzliche direkte Kosten fallen nicht an. Damit beträgt die Gesamtbelastung des serbischen Budgets schätzungsweise 100 Millionen Euro (wenn man die Investitionen hinzurechnet, vielleicht bis zu 125 Millionen), was nicht gering ist, angesichts der Tatsache, daß die gesamte ausländische Aufbauhilfe 2004 etwa 100 Millionen umfaßte und seither zurückgegangen ist. Allerdings ist es etwas mehr als ein Prozent des serbischen Gesamtbudgets und entspricht etwa 0,5 Prozent des BNP.

Die laufenden indirekten Kosten sind schwer einzuschätzen, denn diese würden auf unsachlichen Überlegungen beruhen, die nicht leicht zu rechtfertigen wären. Jedenfalls werden diese im Zusammenhang mit den Auswirkungen der jeweiligen Lösungen des künftigen Status des Kosovo zu besprechen sein.

Bemerkungen über die anfallenden Kosten für die Sicherheit mögen hier angebracht sein. Der Verteidigungshaushalt ist für 2007 entsprechend dem derzeitigen Wechselkurs mit rund 800 Millionen Euro festgesetzt. Das sind rund zehn Prozent des Gesamtbudgets und etwa drei Prozent des BNP. Nach den Vorschlägen für das Budget 2008 würden die Ausgaben für die Landesverteidigung etwa 2,5 Prozent des BNP entsprechen. Die innere Sicherheit, einschließlich der Sicherheitsdienste, ist mit rund 600 Millionen Euro budgetiert, das sind etwas weniger als zwei Prozent des BNP. Insgesamt umfassen die Ausgaben für die Sicherheit etwa fünf Prozent des BNP. Die Verteidigungsausgaben sind sicherlich zu hoch und sollen, wie erwähnt, gesenkt werden. Die Ausgaben für die innere Sicherheit sind ebenfalls zu hoch und wahrscheinlich zu sehr auf die Bedürfnisse der Sicherheitsdienste ausgerichtet (der Sicherheitsdienst be-

anspricht etwas weniger als das Ministerium für Kosovo und Metohija). Indessen sollte man nicht daraus schließen, daß diese Auslagen die realen Sicherheitsbedürfnisse widerspiegeln, d.h. daß sie der Lage im Kosovo oder anderen Sicherheitsinteressen zuzuschreiben sind. Diese Ausgaben widerspiegeln mehr den Fortgang der Demokratisierung und der institutionellen Reformen in Serbien als die Kosten der vom Kosovo oder anderen Gebieten der Region ausgehenden Gefahren. Sie mögen mehr mit der innenpolitischen Stabilität zu tun haben als mit von außen drohenden Gefahren.

---

### **Kosten und Nutzen alternativer Lösungen**

---

Genauere Einschätzungen der direkten und indirekten Kosten und Nutzen sind wegen des Fehlens entsprechender Daten und allzu vieler unbekannter Faktoren sehr schwierig. Die Hauptschwierigkeit ist das Verhalten der Wirtschaft, nämlich von Wachstum, Investitionen und Handel unter alternativen Bedingungen. Das hängt auch weitgehend von der Abwägung der Risiken ab, vor allem in bezug auf die Investitionen. Das könnte auch durch die jeweilige Wahl des künftigen Status des Kosovo beeinflußt werden, aber man weiß nicht, in welchem Ausmaß. Die allfälligen Risiken sind abhängig von den politischen Reaktionen in Serbien und im Kosovo und vielleicht auch noch von der Entwicklung im regionalen Umfeld.

Folgende vier Szenarien stehen zur Diskussion:

1. Die volle Souveränität Serbiens im Kosovo (der Extremvorschlag);
2. Weitgehende Autonomie im Kosovo, das heißt eine eher symbolische Souveränität Serbiens im Kosovo (serbischer Vorschlag);
3. Eine überwachte Unabhängigkeit mit oder ohne Koordinationsabkommen (der Ahtisaari-Plan plus die Vorschläge von seiten des Kosovo);
4. Irgendeine Art von vertraglich oder institutionell abgesicherter Partnerschaft.

Kosten und Nutzen dieser Alternativlösungen sind abhängig von den direkten finanziellen Verpflichtungen in den verschiedenen Budgets, so daß die makroökonomische Stabilität gewährleistet ist, sowie von den indirekten Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, die Entwicklung der Institutionen und die Sicherheit. Die Kosten zunehmender politischer und sozialer Spannungen werden später behandelt.

Die wichtigsten Standpunkte zu den vorliegenden Alternativen:

- Die ersten beiden Vorschläge (volle serbische Souveränität und weitgehende Autonomie) sind für den Kosovo unannehmbar.
- Der dritte Vorschlag (der Ahtisaari-Plan mit oder ohne Abkommen mit dem Kosovo) ist derzeit für Serbien nicht akzeptabel.
- Der vierte Vorschlag (kurz gesagt, die institutionalisierte Partnerschaft) wird derzeit von beiden Seiten nicht akzeptiert, böte aber die meisten Chancen für einen Kompromiß, der *de facto* oder *de jure* für beiden Seiten akzeptabel wäre oder zumindest einen praktikablen Rahmen für einen Kosovo unter internationaler Aufsicht abgeben könnte (dies würde noch immer die Einzelheiten des Ahtisaari-Plans beinhalten).

Tabelle 3 zeigt die Zusammenfassung der Vorschläge und der zu erwartenden Auswirkungen der qualitativen Voraussetzungen.

Die letzteren beiden Vorschläge sind für die Europäische Union annehmbar, die allerdings den größten Teil der Unterstützung und der Hilfsmaßnahmen sofort und auch langfristig beisteuern müßte. Indessen könnte die Ablehnung und Kooperati-

**Tabelle 3: Qualitative Kosten und Nutzen der Alternativen für den Kosovo**

	Direkte finanzielle Kosten	Kosten für Sicherheit	Veränderungen des BNP	Handel mit dem Kosovo	Investitionen
Volle serbische Souveränität	Groß bis schwerwiegend	Hohe Risiken wegen Instabilität im Kosovo	Halbiert wegen wachsenden Risiken	Rückgang wegen Rezession im Kosovo	Rückgang in beiden Ländern wegen erhöhter Risiken
Weitgehende Autonomie	Rückgang des Schuldendienstes wenn von Kosovo übernommen	Erhöhte Risiken wegen politischer Instabilität im Kosovo	Leichter Rückgang wegen erhöhter Risiken	Rückgang wegen wirtschaftlichem Rückgang im Kosovo	Größerer Rückgang im Kosovo
Überwachte Unabhängigkeit	Leichte Zunahme wegen vermehrter Transfers an Serben im Kosovo	Mehr Risiken und höhere Ausgaben für Sicherheit	Leichte Verlangsamung wegen langsamerer Reformen	Rückgang wegen Verschlechterung der Beziehungen	Rückgang in Serbien wegen höherer Risiken und Unsicherheit
	Unverändert, nur geringere Schuldendienstzahlungen	Starker Rückgang in beiden Ländern und in der Region	Schnelleres Wachstum durch Konvergenzmöglichkeiten	Zunahme in beiden Ländern durch besseren Marktzugang	Zunahme in beiden Ländern, vor allem der serbischen im Kosovo

onsverweigerung einer Seite die Risiken für geschäftliche Aktivitäten sowohl in Serbien als auch im Kosovo vergrößern. Das Ausmaß des Risikos wird von der eigentlichen Reaktion der unzufriedenen Seite und der von ihr ausgelösten Unsicherheit abhängen. Eine genauere Aufstellung der Kosten und Nutzen der einzelnen Vorschläge ist wegen der großen Bandbreite der Ungewißheit über die möglichen Reaktionen der Beteiligten kaum möglich. Bezug nehmend auf (1) die unterschiedlichen Erfahrungen mit außergewöhnlichen politischen Lösungen auf dem Balkan, (2) die Entwicklung des Wachstums und der Investitionen in den Übergangswirtschaften, und (3) auf die Formen der Risiken in postsozialistischen Staaten sowie nach der politischen Normalisierung in Europa und auf dem Balkan, kann man zu dem Schluß kommen, daß nach einer Normalisierung

- der Kosovo sehr wohl Wachstumsraten von mehr als fünf Prozent *per annum* und mittelfristig höchstwahrscheinlich sogar von sieben bis acht Prozent erwirtschaften könnte.
- Kosovos langfristige Konvergenzwachstumsraten durchaus von vier bis fünf Prozent *per annum* zunehmen könnten, wie in praktisch allen Übergangswirtschaften.
- die ausländischen Investitionen verhältnismäßig groß ausfallen, vor allem angesichts der Privatisierung, sowie der durch die politische Normalisierung und die wirtschaftliche Transformation abnehmenden Risiken, und mittelfristig bis zu zehn Prozent des BNP erreichen. Anfangs könnten sie im Kosovo wegen der bedeutenden Investitionsmöglichkeiten im Bergbau und in der Elektrizitätswirtschaft sogar noch höher ausfallen.
- der Außenhandel in den Übergangswirtschaften und in Mitteleuropa schneller wächst als das BNP, was langfristig auch auf dem Balkan (in zehn oder mehr Jahren) eintreten könnte.

Andererseits behindern außerordentliche Lösungen in Europa und in anderen Teilen der Welt die Wirtschaft in erheblichem Maße, wobei Kosten und Nutzen nicht gleichmäßig verteilt sind. Die meisten Kosten entfallen dabei meist auf eine der Kon-

fliktparteien, wobei dann ein erheblicher Teil von der internationalen Gemeinschaft übernommen wird. Das hat man bei einer Reihe von festgefahrenen Konflikten auf dem Balkan und in Europa erlebt. So erlebte man, beispielsweise, in Bosnien und Herzegowina längere Perioden der wirtschaftlichen Stagnation, während der Wiederaufbau weiterhin durch außerordentliche Verfassungsbestimmungen behindert wird. Auf ähnliche Weise sollten sich dann der staatliche Zusammenschluß von Serbien und Montenegro für letzteres als ungünstig erweisen.

Angesichts dieser Feststellungen und im Hinblick auf die aktuelle Situation in Serbien und Kosovo, und auf ihre jeweiligen durch den Kosovokonflikt entstandenen finanziellen Verpflichtungen, erhalten die qualitativen Aspekte auf Tabelle 2 zusätzliche quantitative Bedeutung. Es werden sowohl die direkten finanziellen Kosten als auch die indirekten Auswirkungen auf das Wachstum und die Investitionen berücksichtigt. Zusätzliche Überlegungen im Zusammenhang mit der makroökonomischen Stabilität und den regionalen Risiken sowie ihren wirtschaftlichen Kosten werden anschließend besprochen.

Abgesehen von den von Serbien und dem Kosovo bereits getätigten Ausgaben kann man annehmen, daß die zu berücksichtigenden direkten Kosten derzeit in jener Höhe eingefroren sind, die heute von der internationalen Gemeinschaft beglichen wird, während spätere alternative Lösungen nur deren Verteilung bestimmen würden. Wenn man die derzeitige Auslandshilfe mit etwa zwanzig Prozent des kosovarischen GDP (IMF 2007) ansetzt, dann sind das rund 400 Millionen Euro (2006 laut IMF 466 Millionen). Der direkte Beitrag zum *Gross National Disposable Income* – GNDI (*Gross Domestic Product* – GDP – plus Überweisungen plus Gehälter der ausländischen Mitarbeiter) war etwa halb so groß; laut IMF 203 Millionen Euro im Jahre 2006. Die Aufschlüsselung, wo und wie die Ausgaben getätigt werden, finden sich auf Tabelle 1. Seit 2004 ist die Auslandshilfe in den meisten Kategorien weiter, aber nicht entscheidend zurückgegangen (UNMIK 2006). Wenn die Zahlen in Tabelle 1 die Ausgaben in nicht sicheren Bereichen aufzeigen, so verweist dies darauf, daß die Auslagen für die Sicherheit immer noch erheblich sind, nämlich ebenso hoch wie der Rest. In diesem Bereich findet man ein hohes Maß an Schlamperei, da in Wirklichkeit etwa die Hälfte der Hilfsgelder für die Verwaltung aufgewendet wird. Einige Untersuchungen behaupten, daß der Nutzeffekt in den letzten Jahren zugenommen habe, allerdings könnte eine Änderung des Verteilungsmodus in der Praxis zu einem erneuten Rückgang des Nutzeffekts führen.

---

### Volle Integration

---

Sollte sich der Kosovo an Serbien anschließen, dann würden die anfallenden Kosten zwischen Serbien und der internationalen Gemeinschaft aufgeteilt werden. Es ist anzunehmen, daß die internationale Gemeinschaft ihren Beitrag in diesem Falle erheblich kürzen würde, da sie ja keine souveräne Eingriffsrecht im Kosovo hätte, wodurch letztlich die Hauptlast der Kosten auf das serbische Budget entfallen würde. Die Ausgaben für die Sicherheit sind schwer abzuschätzen, würden aber sicherlich erheblich sein. Unrealistischerweise nimmt man an, daß die Stärke des Widerstands so wie jener in den neunziger Jahren, aber wie vor 1999 sein werde. Die Investitionen in der Infrastruktur müßten ähnlich hoch ausfallen (sie sind neuerdings gesunken, was für die Entwicklung des Kosovo und damit für die wirtschaftliche Stabili-

tät bei jeglichem Arrangement nachteilig wäre. Darüber hinaus müßte man sich im Kosovo mit der Effizienz der fiskalischen Mittel befassen, die sich verschlechtern könnte. Die laufenden Zuschüsse zum Energiesektor betragen etwa 50 Millionen Euro jährlich (siehe Tabelle 1) und könnten sehr wohl zunehmen. Das würde in etwa der Lage entsprechen, die für die Ausgaben in der sozialistischen Periode des Kosovo kennzeichnend waren, nur daß sie jetzt zur Gänze von Serbien geleistet werden müßten.

Bei einer anderen Methode, um zu einer Zahl in bezug auf die finanziellen Bedürfnisse des Kosovo zu gelangen, ist davon auszugehen, daß das serbische Budget etwa 50 Millionen Euro für den Kosovo vorsieht, wobei die Nutznießer nur etwa fünf Prozent der Bevölkerung des Kosovo wären. Auf die Gesamtbevölkerung des Kosovo hochgerechnet würde das eine finanzielle Belastung von etwa einer Milliarde Euro bedeuten, und das entspräche der Gesamtsumme des Budgets des Kosovo plus der gesamten Auslandshilfe der letzten Jahre.

Derzeit decken die Einnahmen ungefähr die Ausgaben. Die meisten Einnahmen kommen von den indirekten Steuern, vor allem den Importsteuern. Das enorme Außenhandelsdefizit wird durch Überweisungen aus dem Ausland und Zuschüsse ausgeglichen. Halbiert man diese, dann würden auch die Steuerneinnahmen sinken, und das würde wieder die Belastung der serbischen Steuerzahler vergrößern. Wenn man all diese Schätzungen addiert, dann kann man die Gesamtkosten einer vollen Integration des Kosovo in Serbien ziemlich genau abschätzen. Tabelle 4 umreißt diese Schätzungen.

**Tabelle 4: Fiskalische Bilanz des Kosovo, in Millionen Euro (geschätzt)**

Öffentliche Ausgaben	700 (derzeit)
Nettohilfe	200 (derzeit)
Fiskalische Risiken	150 (Einnahmenausfälle)
Sicherheitsausgaben	100 (zusätzlich)
Steuern	500 (künftig)
Nettokosten	400

Wenn man die gesamten öffentlichen Ausgaben mit 700 Millionen Euro annimmt (etwa die Summe für 2006 und 2007) und wenn Serbien für die derzeitige Auslandshilfe selber aufkommt, die finanziellen Risiken zu einem Einnahmerückgang von etwa 20 Prozent führen und es dann noch zu zusätzlichen Sicherheitskosten kommt, dann würden die finanziellen Nettokosten etwa 400 Millionen Euro oder zirka vier Prozent des serbischen Budgets 2007 betragen. Die Bruttoauslagen würden wegen Ineffizienz noch höher ausfallen. Im Gegensatz zur Auslandshilfe, würden diese Mängel die serbische Wirtschaft belasten, allerdings würden diese Mittel in Serbien ausgegeben werden und damit zum serbischen BNP beitragen. Die durch diese Mängel entstehenden Kosten würden dann zu einem durch die vermehrten finanziellen Lasten verursachten Rückgang des serbischen Wirtschaftswachstums führen.

Dadurch würde die vermehrte fiskalische Belastung langfristig auch zu einer merklichen Belastung der serbischen Wirtschaft werden.

Die indirekten Kosten wären abhängig von den Risiken bei der Anwendung dieser Lösung auf den Status des Kosovo. Wenn man annimmt, daß die Vertreter des Kosovo dieser Lösung nicht zustimmen, dann würde das die wirtschaftlichen Risiken nicht nur im Kosovo wesentlich erhöhen, sondern auch in Serbien, vor allem in Mittel- und Südserbien. Das würde den Kosovo in eine Rezession stürzen und das Wachstum der serbischen Wirtschaft gefährden. Die damit verbundenen Kosten sind nicht genau einzuschätzen, aber wenn man einen entsprechenden Vergleich mit der Trennung Montenegros von Serbien anstellt, kann man durchaus annehmen, daß das serbische Wirtschaftswachstum bis auf drei Prozent sinken würde, während die Wirtschaft des Kosovo bestenfalls stagnieren würde. Es würde zu einem erheblichen Rückgang des serbischen und des kosovarischen BNP kommen. Und, was noch wichtiger ist, die meisten Defizite würden auf Dauer untragbar sein. Andererseits könnten die finanziellen Verpflichtungen abnehmen, wenn man im Kosovo daran ginge, parallele Institutionen zu schaffen, etwa ähnlich jenen, die in den neunziger Jahren vorhanden waren. Das würde allerdings die wirtschaftliche Entwicklung Serbiens insofern beeinträchtigen, als es die Integration, vor allem mit der EU, verlangsamen würde.

**Tabelle 5: Indirekte Kosten**

	Serbien	Kosovo
Wachstumsverlust	2 Prozentpunkte	5 Prozentpunkte
Außenhandelsverlust	Exportausfall 200 Millionen €	Exportausfall 100 Millionen €
Vermehrte Risiken	5 Prozentpunkte	Zu riskant

Angesichts dessen sind die direkten und indirekten Kosten dieser Lösung so hoch, daß niemand sie ernstliche erwägt. Dieser Lösungsvorschlag ist nur insofern brauchbar, als er einen Grenzwert markiert, der die oberste Grenze der Kosten alternativer Lösungen für den Status des Kosovo aufzeigt.

---

### Weitgehende Autonomie

---

Die symbolische Souveränität, eigentlich die weitgehende Autonomie für den Kosovo und im Grunde der Vorschlag der serbischen Vertreter bei den laufenden Verhandlungen, würde keine neuen finanziellen Belastungen für das serbische Budget mit sich bringen. Das würde aber gleichzeitig eine Parallelgesellschaft der serbischen Bevölkerung im Kosovo im Rahmen des serbischen wirtschaftlichen und politischen Systems beinhalten. Abgesehen von einer Aufspaltung der internationalen Souveränität zwischen Serbien und dem Kosovo würde sich das vom *status quo* nicht wesentlich unterscheiden.

Die Direktkosten könnten zunehmen, wenn die Aufnahmekapazität der Transfers aus dem serbischen Budget zunähme, doch wären diese Kosten nicht viel höher als sie derzeit sind, nämlich etwa 50 Millionen Euro plus Investitionen in institutionelle und materielle Infrastrukturen. Zusätzlich müßte die Bedienung der Auslandsschulden des Kosovo berücksichtigt werden, die weitere 35 Millionen Euro umfaßt, obwohl ein Vorschlag vorliegt, den Schuldendienst dem Kosovo zu übertragen, was von des-

sen Vertretern kaum akzeptiert würde. Somit würden die gesamten Direktkosten den in Tabelle 2 dargestellten Angaben entsprechen. Eine solche Lösung würde aber weder in Serbien noch im Kosovo zum wirtschaftlichen Aufschwung beitragen und wird daher von den Vertretern des Kosovo kaum akzeptiert werden.

Die Hauptlast der indirekten Kosten würde jedoch auf den Kosovo entfallen, der dann für Investitionen nicht genügend attraktiv wäre. Die serbischen Kosten für die Sicherheit würden ebenfalls zunehmen, aber ihr tatsächlicher Umfang vom Ausmaß der Auslandshilfe abhängen, welche die internationale Gemeinschaft an den Kosovo zu zahlen bereit wäre. Derzeit geht der Umfang der Auslandshilfe zurück, und es ist kaum anzunehmen, daß sie wesentlich zunehmen würde, wenn man eine derartige Lösung ohne die Zustimmung des Kosovo durchführte. Das wirtschaftliche Ergebnis müßte den auf einen Durchschnitt zugeschnittenen Plänen entsprechen, die der IMF und die Weltbank derzeit für einen Kosovo mit neuem Status vorsehen. Die Folge davon ist eine geringere Wachstumsrate, die ihrerseits auf den Rückgang der Auslandshilfe ohne gleichzeitige Zunahme der Investitionen zurückzuführen ist.

Somit überträgt diese Lösung die Kosten auf den Kosovo und die internationale Gemeinschaft, wobei weder der Kosovo noch Serbien daraus wesentlichen Nutzen ziehen würden.

---

### **Überwachte Unabhängigkeit**

---

Die Lösung des Problems durch eine überwachte Unabhängigkeit ist derzeit der am genauesten ausgearbeitete Vorschlag. Allerdings wurde er von den Vertretern Serbiens abgelehnt, und nichts weist darauf hin, daß sie ihre Meinung ändern werden. Die Annahme und Durchführung dieses Plans muß mit Obstruktion von Seiten Serbiens rechnen. Sollte es sich dabei bloß um passiven Widerstand handeln, das heißt nur um Nichtanerkennung, dann würden die Kosten Serbiens nicht viel höher sein als die derzeitigen, wie in Tabelle 2 aufgezeigt wird, außer dem Schuldendienst, der vom Kosovo übernommen oder, realistisch gesehen, weitgehend abgeschrieben würde.

Kommt es zu einer stärkeren Reaktion, etwa einer Herabstufung der diplomatischen Beziehungen, dann würden die Kosten für Serbien – aufgrund der geminderten Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft und vor allem mit der Europäischen Union – zunehmen, sowohl in bezug auf die Ausgaben für die Serben im Kosovo, um sie von der Abwanderung aus dem Kosovo abzuhalten, als auch für Sicherheitsmaßnahmen zwecks Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit. Vermehrte Risiken im Geschäftsverkehr mit Serbien würden ebenfalls zu einer Kostensteigerung in den Bereichen Handel und Wachstum führen. Genauere Einschätzungen dieser indirekten Kosten sind nicht möglich, aber je nach Art und Weise der politischen Reaktion Serbiens können sie erheblich sein.

Sollte die politische Strategie radikal geändert werden – und es gibt einige nicht verhandelbare Risiken, die dies möglich erscheinen lassen –, dann würden die indirekten Kosten für Serbien erheblich zunehmen. (Diese werden im Zusammenhang mit den Gefahren für die makroökonomische Stabilität behandelt werden.) Die Kosten des Kosovo wären geringer, wenn die Lösung durch die internationale Anerkennung und die vermehrte Präsenz der EU gestützt würde.

Dadurch könnte es, im Gegensatz zu den steigenden direkten und indirekten Kosten für Serbien, im Kosovo zu einer erheblichen Steigerung der wirtschaftlichen

**Tabelle 6: Serbische Kosten im Falle von Meinungsverschiedenheiten**

Weitgehende Autonomie	Direkte Kosten siehe Tabelle 2 plus keine Reduzierung der Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit (d. h. beides zusammen etwa 5 Prozent des BNP)
Überwachte Unabhängigkeit	Direkte Kosten siehe Tabelle 2 minus Auslandsschuldendienst, sowie kein Rückgang der Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit (d. h. etwa 5 Prozent des BNP)

Tätigkeit kommen. Dies würde die finanziellen Kosten der internationalen Präsenz verringern. In beiden Fällen – weitgehende Autonomie und überwachte Unabhängigkeit – würden die meisten Kosten durch mangelnde Kooperation einer der beiden Seiten entstehen. Angenommen die Reaktionen von seiten der einen oder anderen unzufriedenen Seite wären geringfügig, dann würden die auf Serbien entfallenden Kosten etwa den Angaben auf Tabelle 2 entsprechen, allerdings mit zwei wichtigen Ausnahmen.

---

### **Partnerschaft**

---

Die vierte Lösung wäre eine institutionalisierte Partnerschaft zwischen dem Kosovo und Serbien. Dabei würde Kosovo ein unabhängiger Staat werden, aber einen oder mehrere Verträge mit Serbien abschließen, durch welche einige Bereiche von gemeinsamem Interesse geregelt würden. Diese Vorgangsweise soll eher den Nutzen maximieren, als die Kosten minimieren. Würde man das Verhältnis zwischen Serbien und dem Kosovo auf diese Weise normalisieren, dann würden die finanziellen Verpflichtungen ungefähr entsprechend dem graduellen Rückgang der Auslandshilfe entsprechen. Andererseits könnte der Kosovo dadurch eine erhebliche Zunahme des Wirtschaftswachstums erzielen und könnte mittelfristig eine Erholung von 7 bis 8 Prozent *per annum* und langfristig von etwa 5 Prozent erfahren. Serbien könnte sich am Wiederaufbau mit Investitionen und Handel auf eine Art und Weise beteiligen, die dem eigenen Aufbau und der eigenen Entwicklung nützen könnte. Zusätzlich könnten die Kosten für die Sicherheit ebenso sinken wie die Kosten für Flüchtlinge und Umsiedler. Die Wirtschaft des Kosovo ist zu klein, um für Serbien von entscheidender Bedeutung zu sein, aber der Rückgang der Risiken und die allgemeinen Vorteile der Normalisierung könnte, zusammen mit der begründeten Aussicht auf EU-Integration, langfristig das serbische BNP um etwa einen Prozent steigern.

Auf dieser Weise würde die Normalisierung durch die institutionelle Partnerschaft zwischen Serbien und Kosovo einen erheblichen Rückgang der Risiken, eine Zunahme von Investitionen und Handel, sowie bessere Chancen für beide Länder, eine erhebliche Erholung im Kosovo und anhaltendes Wachstum in Serbien bewirken. Die Hauptstütze des serbischen Wirtschaftswachstums wäre dann der erhebliche Rückgang der Risiken des Handels mit Serbien, was auch zu einer Steigerung der Investitionen führen würde. Außerdem würde eine schnellere Integration in die Weltwirtschaft wesentliche Vorteile bieten und gleichzeitig die makroökonomische Stabilität sichern.

---

## Folgekosten: makroökonomische Instabilität

---

Die direkten und indirekten Kosten alternativer Lösungen sind für Serbien gering, außer im Falle des Versuches einer vollen Integration, was allerdings kein realistischer Vorschlag ist und daher nicht als mögliches Ergebnis in Betracht gezogen werden darf. In allen anderen Fällen entsprechen die Kosten zumeist dem derzeitigen Niveau und die Verluste im wesentlichen dem Nutzen, vorausgesetzt, daß die makroökonomische Stabilität auch im Falle eines Wachstumsrückgangs aufgrund von Spannungen oder einer Verzögerung der EU-Integration erhalten bleibt. Allerdings zeigt Serbien eine gewisse Unsicherheit im makroökonomischen Bereich, und die Risiken instabiler Verhältnisse sollten nicht außer acht gelassen werden. Somit sollten Folgekosten berücksichtigt werden, die von einer Zunahme der Risiken für die makroökonomische Stabilität ausgehen könnten (Sorsa et al. 2007b, IMF 2007).

Die Abschätzung der Risiken ist keine leichte Sache. Eine Möglichkeit, an die Sache heranzugehen, ist es, das Verhalten der Börsen zu beobachten und die eventuelle Reaktion in- und ausländischen Investoren auf ein ungünstiges Ergebnis der Kosovoverhandlungen zu analysieren. Der Markt scheint auf drei mögliche Risiken zu achten:

1. Die Gefahr von politischer Instabilität, etwa die Möglichkeit, daß eine an der Regierung befindliche Parteienkoalition zusammenbricht und es zu einer rechtsgerichteten Koalitionsbildung kommt (hier sind die Erfahrungen vom Mai 2007 von entscheidender Bedeutung).
2. Das Risiko eines Rückschlags, beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, daß es zu einem Rückgang der ausländischen Investitionen kommt (Sorsa et al. 2007).
3. Inflationsgefahr auf Grund von Zahlungsbilanzschwierigkeiten, beispielsweise Wechselkursverschlechterungen, Rückgang der Importe und Druck auf den Binnenmarkt.

In der Vergangenheit haben die Märkte auf diese Gefahren empfindlich reagiert. Ein Abbau dieser Risiken ist schwierig. Die größte Gefahr wäre jedoch eine politische Instabilität, da diese zu einer Verschlechterung der internationalen Position Serbiens und damit zu einem Rückgang der ausländischen Investitionen führen könnte. Auf diese Weise ist es im Falle von politisch heiklen Entwicklungen an der Belgrader Börse stets zu erheblichen Einbrüchen gekommen. Vor allem infolge politischer Unsicherheit ist es ab Mai dieses Jahres bis Anfang November zu einem Rückgang von 25 Prozent gekommen. Auch das Volumen des Börsenhandels zeigte erhebliche Rückgänge. Das hat bisher nur geringe Auswirkung auf die Wirtschaft im allgemeinen gehabt, da die Marktkapitalisierung in Serbien sehr gering ist. Zweifellos sind die darin verborgenen Gefahren nicht zu unterschätzen. Davon ausgehend, daß die serbischen Auslandsschulden um mindestens zehn Prozent teurer würden, müßte man mit um zehn Prozent höheren Refinanzierungskosten rechnen. Angesichts des Umstands, daß das serbische Zahlungsbilanzdefizit etwa 25 Prozent des BNP ausmacht, bedeutet das auch einen Kostenanstieg in der Höhe von 1,5 Prozent des BNP. Es ist schwer abzuschätzen, wie sehr der Zinssatz angehoben werden müßte, um diese Kosten zu decken, aber sicherlich kann das nicht unerheblich sein. Die Steigerung würde vermutlich etwas höher sein müssen, um den Vertrauensverlust auszugleichen, und das

bedeutet, daß sie wahrscheinlich einen historischen Höchststand erreichen müßte, nämlich um etwa 5 Prozentpunkte. Das würde eine starke Belastung der Wirtschaft bedeuten und sehr wohl zu einem Rückgang der Wachstumsrate führen, womöglich sogar zu einem Nullwachstum.

Die Auswirkungen auf die Beschäftigung wären ebenfalls signifikant. Derzeit geht die Beschäftigung zurück und die Arbeitslosigkeit wächst trotz eines jährlichen Anstiegs des BNP um fünf bis sechs Prozent. Diese Wachstumsraten sind jedoch notwendig, wenn die Beschäftigung wieder zunehmen soll. Niedrigere Wachstumsraten oder eine Rezession würden schwerwiegende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Die Folgen für die gesellschaftliche Stabilität können nicht genau eingeschätzt werden, da diese von den Maßnahmen abhängig wäre, welche die Regierung unter diesen Bedingungen ergreifen würde.

Entscheidend ist der Umstand, daß, laut einem aktuellen IMF-Report (IMF 2007b), die derzeitigen makroökonomischen Entwicklungen an sich unaufhaltsam seien, so daß sich die serbische Wirtschaft eine makroökonomische Instabilität als Folge einer politischen Überreaktion auf ein unerwünschtes Ergebnis der Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo nicht leisten kann. Aus diesem Grund ist eine starke oder extreme Reaktion nicht zu erwarten, obwohl die politische Lage in Serbien manchmal sehr kompliziert sein kann. Jedenfalls würde sich eine Wirtschaftskrise, welcher Art auch immer, äußerst ungünstig auf die politische Entwicklung auswirken, und es ist anzunehmen, daß sich die politische Führung bemühen wird, das zu vermeiden. Jedenfalls wird man mittelfristig beide Verzerrungen korrigieren und die Demokratisierung vorantreiben müssen.

---

### **Zusätzliche politische und regionale Risiken**

---

Die Lösung der Kosovokrise führte ab 1999 in der ganzen Region zu einer Erholung. Es gab 2001 einige Rückschläge in Mazedonien und in Montenegro vor der Unabhängigkeit. Heute sind die Risiken geringer, aber auch anderer Art. Drei davon sind bedeutsamer als die anderen.

1. Serbien könnte die Übergangsphase rückgängig machen wollen und sich in Richtung auf ein mehr abgeschottetes, nicht kooperatives politisches und wirtschaftliches System bewegen, und es gibt dort gewisse Gefahren einer länger andauernden Instabilität, doch sind sie derzeit nicht sehr groß.
2. Bosnien und Herzegowina könnten noch schwerer zu regieren sein. Die Reformen sind zum Stillstand gekommen, ebenso die Entwicklung in Richtung EU-Integration. Das könnte sich als unlösbar erweisen, falls die Krise im Kosovo in der einen oder anderen Form fort dauern sollte. Dennoch ist die Gefahr einer schwerwiegenden Instabilität nicht sehr hoch.
3. In Serbien und in der Serbischen Republik in Bosnien und Herzegowina könnte es zu einem Rückgang der Investitionen und zur Einführung einer protektionistischen Wirtschaftspolitik kommen. Das würde Probleme aufwerfen für die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit und für den Weg zur EU-Integration anderer Kandidaten und prospektiver Kandidaten auf dem Balkan. Die Gefahren einer solchen Entwicklung reichen von gering bis signifikant.

Diese Gefahren können nicht genau eingeschätzt werden. Alles in allem könnten sie eine schwere Belastung der Wirtschaft in dieser Region darstellen. Allerdings

wären die damit verbundenen Kosten dann ungleich verteilt; die Hauptlasten würden auf Serbien entfallen, sowie auf Bosnien und Herzegowina. Der Rest der Region würde wahrscheinlich kaum berührt werden, vielleicht mit Ausnahme von Mazedonien. Ein solcher politischer Rückschlag würde von der Bevölkerung nicht hingenommen oder, wenn es dazu kommen sollte, kurzlebig sein.

---

### Gesamteinschätzung

---

Die Kosten des künftigen Status des Kosovo könnten sich für Serbien als ziemlich hoch erweisen, wenn Serbien nicht die Gelegenheit zur Entwicklung einer politischen und wirtschaftlichen Partnerschaft mit dem Kosovo ergreift. Diese Kosten werden sich wohl eher in Form des entgangenen Nutzens zeigen als in einer direkten finanziellen Belastung, da die Vorteile der Normalisierung und EU-Erweiterung nicht voll wahrgenommen werden könnten. Dazu käme noch, daß die serbische Gemeinde im Kosovo, vor allem südlich des Flusses Ibar, darunter zu leiden hätte, und unerträgliche wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu gewärtigen hätte. Überdies würden sich auch die an den Kosovo grenzenden serbischen Gebiete wegen anhaltender Spannungen und Sicherheitsproblemen langsamer entwickeln. Am größten wäre jedoch das vermehrte Risiko einer makroökonomischen Instabilität, wenn eine ablehnende politische Reaktion auf die Lösung des künftigen Status des Kosovo auf starken Widerstand träfe. Diese könnten sich mittelfristig als schwerwiegend erweisen.

#### Hinweise und Quellen:

- European Commission (2007), »Kosovo under UNSCR 1244 2007 Progress Report«, *Commission Staff Working Document*.
- Gligorov, V. (2000), »The Economics of Kosovo: Does Viability Matter?« *The International Spectator* 35.
- Gligorov, V. (2002), »The Economic Future of Kosovo«, *European Centre for Minority Issues*.
- Gligorov, V. (2006), »Southeast Europe: An Emerging Region in Transition. EU Integration and Effects on Austria«, Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit durchgeführte Untersuchung des *wiiw*.
- Gligorov, V. (2007), »Transition, Integration, and Development in Southeast Europe«, *Ekonomski pregled*.
- Gligorov, V., N. Sundstrom (1999), »Costs of Kosovo Crisis«, *wiiw Working Paper*.
- ESI Report (2007), »Cutting the Lifeline: Migration, Families and the Future of Kosovo«.
- Imf (2007A), »Aide Memoire of the Staff Mission to Kosovo«.
- IMF (2007b), »Serbia 2007 Article IV Consultation: Concluding Statement of the Mission«.
- Mustafa, I., V. Demokaj, M. Kotorri (2006), »Financial and Technical Assistance in the Reconstruction of the Post-Conflict Kosovo«, *Working Paper, wiiw Global Development Network Southeast Europe*.
- Sorsa, P. et al. (2007), »Vulnerability in Emerging Southeast Europe – How Much Cause for Concern?«, *IMF Working Paper 07/236*.
- The World Bank (2006), *Kosovo: Public Expenditure and Institutional Review* Vol. I-II.
- UNMIK (2006), »UNMIK's impact on the Kosovo Economy: Spending Effects 1999-2006 and Potential Consequences of Downsizing«.
- UNMIK (2007), »From Consolidation to Sustainability: Maintaining and Improving Achievements«, *Kosovo Economic Outlook*.